



öffentlich

**Betreff:**

Jugendliche in der Kommunalpolitik

**Einreicher:** Fraktion AfD

Erstellungsdatum 01.06.2017

Eingang 922:

**Beratungsfolge:**

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
05.07.2017	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	zur Kenntnis

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept zur verstärkten Einbindung Jugendlicher in die Potsdamer Kommunalpolitik und die dazugehörige Verwaltung auszuarbeiten und dieses der Stadtverordnetenversammlung im September 2017 vorzulegen.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Kommunalpolitik betrifft jeden Bürger einer Kommune nicht nur unmittelbar, sondern sie ist auch integraler Bestandteil des städtischen Gemeinwesens. Gerade Schülern und Jugendlichen, in ihrer Funktion als „Bürger von Morgen“, sollte die Funktionsweise und das breite Aufgabenfeld der kommunalpolitischen Arbeit fortwährend vermittelt werden.

Da im Politikunterricht des regulären Schulbetriebes die zeitlichen Ressourcen knapp bemessen sind, wird dieser Teil der demokratischen Gestaltungsmöglichkeit innerhalb der eignen Stadt oder der Gemeinde oftmals nur marginal oder gar nicht thematisiert.

Die Folgen dieses Handelns sind häufig fehlende Kenntnisse über das Wirkungsfeld kommunaler Politiker, die Funktionsweise eines Rathauses und ein daraus weitverbreitetes entstehendes Desinteresse für die Kommunalpolitik.

Dabei bietet die Kommune hierbei eine anschauliche und räumlich nahe Gelegenheit, zur praktischen und außerschulischen Vermittlung demokratischer Werte, dem Erarbeiten von Lösungsstrategien kommunaler Probleme sowie der Förderung einer heimatgebundenen Identifikation.

Es scheint deswegen selbstverständlich, dass für diese Angelegenheit des öffentlichen Belanges in erster Linie auch die Jugend einer Stadtgemeinschaft sensibilisiert werden sollte und die Potsdamer Stadtpolitik auf diese mit transparenten und ansprechenden Angeboten offen zu gehen muss.